

Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 8/2009, 9. Juli 2009

► **Kolumne**
► **Aktuelles aus dem Europäischen Parlament**
Seite 1

► **Exkurs zum Telekom-Paket**
Seite 3

► **Wegweiser Europa**
► **Impressum**
Seite 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Grundgesetz von 1949 bekennt sich bereits in seiner Präambel zu Europa. Und das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass der Reformvertrag von Lissabon zum Grundgesetz passt.

Trotzdem hat es den klagenden Europabremsern eine Hintertür geöffnet, die die CSU mit ihrem Vormann Seehofer bei der Neufassung des deutschen Begleitgesetzes zum Lissabonner Vertrag gegen Europa nutzen möchte.

Hintergrund: Bundestag und Bundesrat hatten in das **Begleitgesetz** ihre (Zustimmungs)Rechte bei der Übertragung von Zuständigkeiten nicht deutlich genug hineingeschrieben. Jetzt wollen Gauweiler, Lafontaine und ihre europafeindlichen Parteien ein Begleitgesetz, mit dem die Gesetzgebung des Europäischen Parlaments von den deutschen Kammern blockiert werden könnte.

Das wäre das Ende gleicher sozialer Rechte für alle Menschen in der Europäischen Union, das Ende einer gemeinsamen Umweltpolitik und das Aus für streng geregelte Finanzmärkte, die künftige Krisen verhindern.

Evelyne Gebhardt



Entspannter Stabwechsel im Heimatbüro von Evelyne Gebhardt. Wim Buesink, der über 13 Jahre das Europabüro geleitet hat, wechselt in die Unternehmenskommunikation der Bausparkasse Schwäbisch Hall. Ihm folgt der 29-jährige Künzelsauer Wolfgang Ellsäcker (rechts).

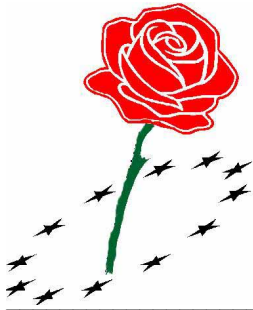
Aktuelles aus dem Europäischen Parlament

Grünes Licht für Lissabon-Vertrag

„**D**ie wichtigste Aussage des Bundesverfassungsgerichts ist die Feststellung, dass der Reformvertrag von Lissabon verfassungsgemäß ist“, so die erste Reaktion von Evelyne Gebhardt auf den Richterspruch aus Karlsruhe. Nun gebe es berechtigte Hoffnung, dass der Reformvertrag nach 10 Jahren zäher Debatten am Ende

des Jahres in Kraft treten könne.

Der Vorsitzende im Verfassungsausschuss des Europäischen Parlaments, Jo Leinen, wies darauf hin, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die demokratische Kontrolle der europäischen Politik weiter stärken. Neben dem Europäischen Parlament würden auch die nationalen Parlamente intensiver in die europapolitischen Entscheidungen einbezogen. Das Lissabon-Urteil sei ein weiterer Schritt hin zu einem Europa der Bürger und Bürgerinnen, die durch die Parlamente vertreten würden und nicht nur ein Europa der Staaten, in dem lediglich



die Staats- und Regierungschefs entscheiden. Die noch offenen Details der stärkeren Beteiligung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates an der Europapolitik müssten nun rasch in ein verfassungsgemäßes Begleitgesetz umgesetzt werden. Die Umsetzung dürfe laut Jo Leinen aber nicht den Rahmen des Praktikablen sprengen. Zustimmungsgesetze mit schwer zu erreichenden Zweidrittelmehrheiten im Bundestag und gegebenenfalls auch im Bundesrat vor Abstimmungen im Ministerrat würden die Gefahr bergen, den Verhandlungsspielraum und damit auch den Einfluss Deutschlands auf die Entwicklung Europas zu verringern. Der bisherige Vorreiter Deutschland drohe damit zum Bremser des Integrationsprozesses zu werden.

Evelyne Gebhardt und Jo Leinen zeigten sich sehr zufrieden darüber, dass das Bundesverfassungsgericht die populistischen Attacken von Gauweiler und Lafontaine gegen den Reformvertrag, sowie die Vorwürfe der „Entstaatlichung der Bundesrepublik“, einer verfassungswidrigen Militarisierung oder eines sozialstaatswidrigen Wirtschaftskonzepts abgewiesen habe. Die Europegegner in Irland, Polen, oder der Tschechischen Republik könnten damit keinen Nährboden für eine weitere Blockadepolitik gegenüber dem Lissabonner Reformvertrag finden.

Sozialdemokraten im Europäischen Parlament bremsen Barroso



Eine starke SPD im Bund ist gut für Europa. Den 27. September beim traditionellen Europafest als gemeinsames Ziel vor Augen, Evelyne Gebhardt und Annette Sawade .

Die bereits in der konstituierenden Sitzung des Europäischen Parlaments im Juli von konservativer Seite geplante Wiederwahl des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso ist von der sozialdemokratischen Fraktion mit Unterstützung der Liberalen vereitelt worden. Evelyne Gebhardt bezeichnete diese Verzögerung als ersten wichtigen Erfolg der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im neuen Europäischen Parlament.

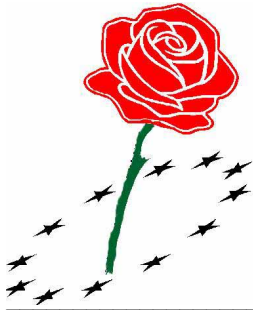
Gebhardt: „Die übertriebene Hast, mit der diese Personalentscheidung durchgedrückt werden sollte war ungebührlich. Das Europäische Parlament ist schließlich kein automatischer Erfüllungsgehilfe, wenn der Rat mindestens 60 Prozent günstiger. Zudem ist die konstituierende Sitzung des Parlaments der Sommerferien werden die Preisentscheidungen für solch eine zentrale Entscheidung.“

Der Erfolg der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

zeige den konservativen Kräften im Parlament zudem, dass sie auch im neuen Parlament nicht alleine entscheiden könnten. Gebhardt: „Die Konservativen werden auch weiterhin unsere Unterstützung und die der anderen pro-europäischen Kräfte brauchen. Nun bleibt genügend Zeit für politische Verhandlungen im Vorfeld.“

Sommer, Urlaub und nun auch günstige SMS

Seit dem 1. Juli ist das mobile Telefonieren im Ausland, das so genannten Roaming, um die Sommerferien werden die Preise für eingehende und ausgehende Handygespräche im europäischen Ausland gedeckelt. Dazu Evelyne Gebhardt: „Bei den Roamingvorschriften und



den konkreten Einsparungen für die Bürgerinnen und Bürger zeigt sich einmal mehr der unmittelbare Nutzen europäischer Verbraucherschutzpolitik und die wichtige Rolle des Europäischen Parlamentes als Bürgerkammer in der europäischen Gesetzgebung.“

Künftig darf das Versenden einer SMS aus dem Ausland höchstens noch 11 Cent kosten. Der Durchschnittspreis belief sich bislang noch auf 29 Cent. Bei den Entgelten für das Versenden von E-Mail, Fotos oder für das Surfen im Internet wurde eine Obergrenze von einem Euro pro Megabyte festgesetzt. Für 2010 ist eine weitere Senkung auf 80 Cent und für 2011 auf 50 Cent vorgesehen.

Darüber hinaus kann künftig eine Höchstbelastung des Telefonkontos festgelegt werden, die standardgemäß bei 50 Euro liegt, aber auch höher sein kann. Eine weitere Verbesserung betrifft das neue Abrechnungsverfahren im Sekundentakt nach einem Ablauf von 30 Sekunden. Bislang erfolgte die Abrechnung im Minutentakt. Die Europäische Kommission rechnet allein durch diese Änderungen mit einer Kostensenkung von 20 Prozent.

Exkurs zum Telekom-Paket

Auf das neu gewählte Europäische Parlament wartet mit dem so genannten Telekom-Paket bereits ein wichtiges Dossier auf die weitere Bearbeitung.

Strittig ist dabei vor allem der Vorstoß von konservativer und liberaler Seite im Europäischen Parlament, die ganze Internetzugänge sperren lassen wollen. Was steckt dahinter?

Die Europäischen Institutionen arbeiten seit knapp zwei Jahren am Telekom-Paket, einem Maßnahmenbündel, das den gesetzlichen Rahmen für Telekommunikation und Internet in Europa modernisieren soll, wichtige Themen wie Verbraucherschutz, Marktregulierung und Breitbandinternet inbegriffen. Einige Europaabgeordnete aus dem konservativen und liberalen Lager haben aber versucht, ganz andere Themen in das Paket zu packen. Plötzlich sollten Internetprovider mit "Rechteeinbietern" (gemeint sind Musik und Filmindustrie) "zusammenarbeiten" und diejenigen Nutzern, die unrechtmäßig urheberrechtlich geschütztes Material herunterladen, den Internetzugang sperren. Die Idee stammt ursprünglich vom französischen Präsidenten Sarkozy, der dieselbe Aufgabe einer Verwaltungsbehörde übertragen möchte.

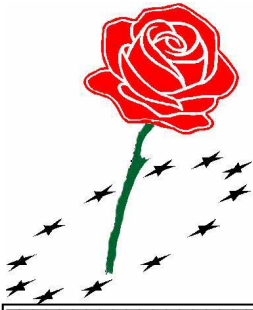
Um Missverständnissen vorzubeugen: Illegale Downloads sollen keinen Freibrief erhalten. Es handelt sich hierbei auch nicht um Kavaliersdelikte. Aber über den Ausschluss von Menschen aus dem Internet, das heute zum grundlegenden Kommunikationsmittel geworden ist, darf nicht einfach ein Amt oder ein privates Unternehmen entscheiden. Es bedarf vielmehr unbedingt eines richterlichen Beschlusses. Die linke Seite des Parlaments hat deshalb 2008 in erster Lesung einen Änderungs-

antrag verabschiedet, der dies klipp und klar macht.

Der Ministerrat hat sich darauf hin nur zu einem uneindeutigen Kompromisstext durchbringen können, der im Europäischen Parlament in der letzten Sitzung vor der Europawahl durchgefallen ist. Statt dessen hat die Parlamentsmehrheit erneut den Textentwurf des Parlaments aus der ersten Lesung verabschiedet. Dadurch muss der Vermittlungsausschuss nun eine Entscheidung herbei führen, der voraussichtlich Ende September einberufen wird. Dabei ist das französische Verfassungsgericht dem Europäischen Parlament inzwischen zu Hilfe gekommen, das Internetsperren ohne richterlichen Beschluss verboten hat.

Neben diesem Streitpunkt haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bereits wichtige Erfolge für den Verbraucherschutz im Telekom-Paket durchsetzen können:

- Telefon- und Internetverträge müssen künftig auch mit einer Laufzeit von nur 12 Monaten angeboten werden;
- Wer seinen Handyanbieter wechselt, muss seine Rufnummer innerhalb eines Tages mitnehmen können;
- Wenn per Handy ein Notrufwagen gerufen wird, muss die Position des Anrufers übertragen werden;
- Mitgliedsstaaten müssen barrierefreien und gleichwertigen Zugang zu Kommunikationsmitteln für Menschen mit Behinderungen schaffen.



Wegweiser Europa

Neuer Name, gleicher Inhalt

Die Fraktion der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, der 185 Abgeordnete aus allen 27 Mitgliedstaaten angehören, trägt einen neuen Namen: „Progressive Allianz der Sozialdemokraten und Demokraten (PASDE)“. Notwendig wurde die Namensänderung durch die Aufnahme der 21 Abgeordneten der italienischen Partei Partito Democratico in die sozialdemokratische Fraktion.

Die SPD-Gruppe aus Deutschland stellt in der neuen Fraktion mit 23 Abgeordneten die größte Delegation, gefolgt von den Spaniern und Italienern mit jeweils 21, den Franzosen mit 14, den Briten mit 13, den Rumänen mit 11, Griechen mit acht, Tschechen, Polen und Portugiesen mit jeweils sieben, den Slowaken, Schweden und Belgiern mit fünf, den Österreichern, Dänen, Bulgaren und Ungarn mit jeweils vier, den Litauern, Maltesern, Niederländern und Iren mit jeweils drei, den Slowenen, Finnen und Zyprioten mit jeweils zwei und nicht zuletzt mit jeweils einem Abgeordneten aus Luxemburg, Estland und Lettland.

Schweden übernimmt Ratspräsidentschaft

Seit dem 1. Juli hat die schwedische Regierung unter Premierminister Fredrik Reinfeldt die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union inne. Damit nimmt das skandinavische Land zum zweiten Mal seit seinem Beitritt im Jahr 1995 diese wichtige Aufgabe wahr.

Die Ratspräsidentschaft will in dem halben Jahr vor allem die Grundlagen für eine neue europäische Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung schaffen. Diese soll die seit 2000 geltende Strategie von Lissabon ablösen.

Ein weiterer Schwerpunkt soll auf der Klimaschutzpolitik liegen. Hier strebt die Ratspräsidentschaft eine neue globale Vereinbarung an, die auch die strittige Frage der Finanzierung des Kampfes gegen die Erderwärmung in Entwicklungsländern einschließt.

In den nächsten sechs Monaten will die schwedische Ratspräsidentschaft ferner Maßnahmen zur Verstärkung der Überwachung der Finanzwirtschaft umsetzen, gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung der

Verschmutzung der Ostsee und zur Belebung der Wirtschaft auf den Weg bringen, eine gemeinsame Asylpolitik fördern und die Zusammenarbeit der Europäischen Union in Fragen der Zuwanderung stärken.

Mehr Informationen sind auf der offiziellen Internetseite zur Ratspräsidentschaft zu finden: www.se2009.eu

Impressum

Redaktion: Peter Gebhardt und Wim Buesink

**Europabüro
Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 0 79 40 - 5 91 22
Fax: 0 79 40 - 5 91 44
EGebhardt.MdEP@T-online.de**

**Europäisches Parlament
60, Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 - 22 84 - 74 66
Fax: 00 32 - 22 84 - 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu**

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine schöne Sommerzeit und einen erholsamen Urlaub.

Das Europa-Aktuell meldet sich am 10. September zurück.

Herzliche Grüße